

Pressemitteilung, 20.11.2025

Bürgerliste Weiterdenken kandidiert zur Kommunalwahl

In einer Aufstellungsversammlung am 16.11.2025 hat die [Bürgerliste Weiterdenken](#) Bewerberlisten für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg und zur Kreistagswahl im Landkreis Marburg-Biedenkopf gewählt.

Die 21 Kandidaten umfassende Liste für die Stadtverordnetenversammlung wird angeführt von Dr. Frank Michler, Johannes Linn und Gabriel Schnizler. Alle drei sind seit Frühjahr 2020 aktiv in der Bürgerinitiative „[Weiterdenken Marburg](#)“, welche während der Coronamaßnahmenkrise gegen Lockdowns, für freie Impfscheidung und die Meinungsfreiheit protestiert hatte.

Die Spitzenkandidaten für den Kreistag sind Dr. Frank Michler, Jacklin Moldenhauer-Dersch und Michael Rumpelt. Jacklin Moldenhauer-Dersch war 2021 bei den Grünen ausgetreten, als diese einen [FDP-Antrag](#) unterstützt hatten, nach dem Schüler mit 20 Euro zur mRNA-Injektion (COVID-„Impfung“) überredet werden sollten. Seitdem ist sie als Einzelabgeordnete im Kreistag vertreten. Michael Rumpelt betreibt den Blog „[coronaquest.de](#)“, auf welchem er u.a. Informationen über die RKI-Files und die WHO-Pandemieverträge sammelt. Für die Wahl zum Kreistag wurden 30 Kandidaten nominiert.

In einem bereits am 22.10.2025 verabschiedeten Wahlprogramm haben die Mitglieder der Bürgerliste Weiterdenken zu fünf Schwerpunktthemen Stellung genommen:

- Meinungsfreiheit und Medien
- Friedenspolitik
- Corona-Aufarbeitung
- Erhaltung des Bargeldes
- Demokratie und Rechtsstaat

https://buengerliste-weiterdenken.de/wp-content/uploads/2025/11/wahlprogramm_wdmr_2026_beschluss_2025-10-22.pdf

Meinungsfreiheit und Medien

Die Bürgerliste Weiterdenken übt scharfe Kritik an Maßnahmen zur Einschränkung der Meinungsfreiheit wie den Vorstößen zur EU-Chatkontrolle und der Zensur in sozialen Medien während der Coronamaßnahmenkrise. Um mehr Transparenz in der Kommunalpolitik zu schaffen, fordern sie Live-Stream-Übertragungen aus den Sitzungen des Kreistages und der Stadtverordnetenversammlung.

Friedenspolitik

Die Bürgerliste Weiterdenken kritisiert die derzeitige Militarisierung unserer Gesellschaft und lehnt insbesondere das 5-Prozent-Ziel der NATO ab. Das Geld, welches für zusätzliche Waffen ausgegeben würde, fehle insbesondere auch bei den Kommunen. Die zur Begründung der Rüstungsausgaben angeführte angebliche Bedrohung Deutschlands durch Russland halten sie nicht für glaubwürdig:

„Mit Angst-Propaganda wird uns eingeredet, wir müssten uns bis an die Zähne bewaffnen, weil sonst „der Russe“ bald am Brandenburger Tor steht und uns die Freiheit raubt.“

heißt es im Programm. Die „westlichen Werte“ würden weder am Hindukusch noch im Donbass verteidigt, sondern „vor der eigenen Haustür“.

Der kommunalpolitische Bezug des Themas zeigt sich u.a. in einem kürzlichen Beschluss des Kreistages. Mit den Stimmen von SPD, CDU, AfD, FDP und UWG hatte dieser am 26.09.2025 eine Resolution beschlossen, welche die Reaktivierung der Hessenkaserne befürwortet. Zudem verfolgte der Antrag das Ziel, dass Gelder aus der Sonderschuldenermächtigung (im Antragstext irreführend als „Sondervermögen“ bezeichnet) für Militärausgaben in der Region ausgegeben werden.

Die Bürgerliste Weiterdenken fordert stattdessen ein Verbot von Bundeswehr-Werbung an öffentlichen Plätzen (z.B. Werbeflächen im Besitz der Kommune) und Schulen.

Corona-Aufarbeitung

Als eine aus dem Protest gegen Lockdowns und Impfpflicht heraus gegründete Wählergruppe ist für die Bürgerliste Weiterdenken die Aufarbeitung der Coronamaßnahmenkrise weiterhin ein zentrales Anliegen. Hier fordert sie u.a. eine Rückzahlung von mit Coronamaßnahmen begründeten Ordnungsgeldern sowie Unterstützung für Menschen, die durch die neuartigen und aufgenötigten mRNA-Präparate geschädigt wurden.

Des weiteren werden die Risiken der „Gain-of-Function“-Forschung thematisiert. Die Bürgerliste Weiterdenken fordert, dass Stadt und Landkreis durch politischen Druck dazu beitragen sollen,

„dass solche Forschungsprojekte nicht in Stadt- oder Kliniksnähe, so etwa im neuen Marburger S4-Labor, durchgeführt werden.“

Erhaltung des Bargeldes

Die Wichtigkeit der Erhaltung des Bargeldes begründet die Bürgerliste Weiterdenken mit Beispielen aus den letzten Jahren, bei denen Staat und Finanzinstitute ihre Macht ausnutzten, um politische Opposition zu unterdrücken: die Banken-Blockade gegen WikiLeaks, Kontosperrungen während der Trucker-Proteste in Kanada sowie hunderte Kontokündigungen gegen kritische Journalisten, Intellektuelle, Aktivisten, Politiker und Medien in den letzten Jahren in Deutschland.

Auf kommunalpolitischer Ebene fordert die Bürgerliste Weiterdenken, dass Barzahlungen an Behörden möglich bleiben müssen und nicht erschwert werden dürfen. Konkret soll auch bei der Führerscheinstelle in Biedenkopf die Bargeldzahlung wieder ermöglicht werden.

Demokratie und Rechtsstaat

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sieht die Bürgerliste Weiterdenken u.a. dadurch gefährdet, dass die Regierungsparteien im Kreistag die Rechte der Opposition missachten, wie z.B. beim damals satzungswidrigen Filmverbot im Frühjahr 2022, durch Entzug des Rederechts oder durch das für „erledigt“ erklären von Oppositionsanträgen. Die Bürgerliste Weiterdenken will dazu Änderungen an Satzung und Geschäftsordnung einbringen,

„denn Demokratie lebt von Widerspruch und offenem Diskurs!“